



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)

35 (22.1.1930) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-350219](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-350219)

Neue Mannheimer Zeitung

Verlag: In Mannheim und Umgebung durch Träger frei Haus monatlich RM 2.—, in anderen Ortschaften abwärts RM 2.20, auch die Post ohne Zustellgebühr RM 2.—, Einzelverkaufspreis 10 Hg. — Adressen: Redaktion: Badhofstraße 6, Schneybergerstraße 12/13, Westendstraße 12, Neuhofstraße 4, Fo. Dampfschiffbau, W. Kappelerstraße 6. — Verlagsbuchhandlung wöchentlich 12 mal.

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Druckerei: R 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 2451. Postfach-Nr. 11500. — Telegramm-Adresse: Remazell Mannheim

Anzeigenpreise: In Mannheim RM 2.— die 1000 Briefe. Sonstige: im Reichsbereich RM 2.— die 1000 Briefe. — Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Sätze. — Rabatte nach Tarif. — Für das Verschicken von Anzeigen in bestimmten Maßgaben, an besonderen Tagen und für telephonische Aufträge siehe Besondere. — Geschäftsstand Mannheim.

Beilagen: Montag: Sport der N. M. Z. / Dienstag wechselnd: Aus der Welt der Technik Kraftfahrzeug und Verlebe Neues vom Film / Mittwoch wechselnd: Die fruchtbarste Scholle Steuer, Gesetz und Recht / Donnerstag wechselnd: Mannheimer Frauenzeitung Für unsere Jugend / Freitag: Winterport und Erholung Mannheimer Vereinszeitung / Samstag: Aus Zeit und Leben Mannheimer Musikzeitung

Mittag-Ausgabe

Mittwoch, 22. Januar 1930

141. Jahrgang — Nr. 35

Wie die Sozialdemokratie die Not bekämpfen will

Die Fortdauer der Anleihewirtschaft wird als Voraussetzung der Besserung gefordert

Ist das der richtige Weg?

Telegraphische Meldung

Berlin, 21. Januar.

Im Reichstag fand heute nachmittags eine gemeinsame Tagung der sozialdemokratischen Fraktionen, des Parteivorstandes und der Vertreter der freien Gewerkschaften statt. Wie der offizielle Bericht besagt, behandelte die Sitzung die wachsenden Notstände, die durch die außerordentlich schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt entstanden sind. Es herrschte Einmütigkeit, dass die folgenden Maßnahmen als vorzuziehend anzusehen sind:

„Bei der Schwierigkeit einer durchgreifenden Arbeitsbeschaffung mit öffentlichen Mitteln ist die Kapitalausfuhr aus dem Ausland eine notwendige Voraussetzung der Besserung. Deshalb muss die sofortige Befreiung aller inländischen Einnahmen verlangt werden, die gegenüber Anleiheaufnahmen belastend, die auf Grund des Vertrauens ausländischer Geldgeber zur öffentlichen Wirtschaft in Deutschland erhältlich sind. Dadurch könnte über die Gemeinden oder öffentlichen Kreditinstitute eine weitläufige Belebung des Baugesetzes und der mit ihm verbundenen Industrie erreicht werden. Um weiteren industriewirtschaftlichen Beschäftigung zu schaffen, sollen Reichsbahn und Reichspost im Hinblick auf ihre im Ausland erreichte Beteiligung an der Mobilisierungsanleihe zur bestmöglichen Auftragsvergabe verpflichtet werden. Die Anträge für Baugesetze und Reichsbahnarbeiten in den öffentlichen Haushalten sind vorwiegend zu verabschieden, damit eine vernünftige Verteilung der Aufträge umzusetzen erfolgen kann. Gleichzeitig mit allen erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheiten, auch durch verstärkte Fortführung der Notstandsarbeiten, muss bei der Gestaltung des Reichshaushalts der gesteigerte Sozialbedarf für Arbeitslosenunterstützung unbedingt sichergestellt werden. Hinsichtlich der großen Zahl langfristiger Erwerbsloser besteht insbesondere die Krisenfürsorge einer Neuorganisation.“

Der Vorwärt über „nationale Schande“

Drahtbericht unseres Berliner Büros
Berlin, 22. Jan.

Der geistige gemeinsame Gedanke der sozialdemokratischen Fraktionen und der Gewerkschaften ist nur gewesen, den Eindruck zu verdrängen, dass die Sozialdemokratie nach der Verabschiedung des Haushalts sich der Regierung überantwortet hat, dass eine Partei, die die Verantwortung für den kriegsbedingten Schaden (Schiffstrecke) vorerzogen will, für die Mitarbeit an einer durchgreifenden Finanzreform noch erkrankt in Frage kommt, ist wohl doch kaum mehr anzunehmen. Die Beschlüsse der Sozialdemokratie lauten, meint die „D.M.Z.“, so, als ob sie sich bereits in der Opposition befinden. Beständig ist auch die Spitze gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nicht, und der „Vorwärt“ schließt den Kampf gegen Schacht in einem längeren Kommentar, den er der gestrigen Diskussion widmet, noch weiter in den Vordergrund.

„Dieser Kampf“, verkündet das sozialdemokratische Hauptorgan hochtrabend, „müssen wir um Deutschland willen, als einen grundsätzlichen Kampf für die Volksherrschaft gegen die Diktatur der Hochfinanz. Wir führen ihn abermals um Deutschlands willen als einen Kampf für die nächste Verbindung mit anderen ehemaligen Kriegsgenossen und für die christliche Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen. Sicht die bürgerliche Mitte nicht ein, dass die Unterwerfung der Demokratie unter die Herrschaft des Finanzkapitals eine nationale Schande ist?“

Durch solche Tiraden wird man sich weder beim Zentrum noch bei den Demokraten im Bundestag sagen lassen, denn der demokratische Berliner „Vorwärt“ weiß die sozialdemokratischen Richtlinien zum Arbeitsmarkt nicht und schlägt als

Die Dardanellenfahrt der russischen Flotte

Telegraphische Meldung

Berlin, 21. Januar.

Die Dardanellenfahrt der beiden der russischen Flotte angehörenden Kriegsschiffe „Pariser Kommune“ und „Proletaren“ nach dem Schwarzen Meer hat bekanntlich großes Aufsehen erregt, da man in diesem Vorstoß der russischen Kriegsschiffe zunächst eine Verletzung der durch den Lausanne Vertrag geschlossenen Bestimmungen über das Gleichgewicht der Seestreitkräfte im Schwarzen Meer erblickte. Namentlich in arabischen Kreisen war man durch diese Fahrt der russischen Kriegsschiffe sehr beunruhigt.

Wie nun aus Vizekonsulatskreisen mitgeteilt wird, liegt keine Veranlassung vor, irgendwelche Schritte wegen dieses Vorfalls zu unternehmen. Man weiß darauf hin, dass die Durchfahrt durch die Meerenge in Friedenszeiten für die Uferstaaten des Schwarzen Meeres (zwei) von einer Dardanellen-Sperre keine Gefahr nicht gefährden werden. Der Zweck des Lausanne Meerengen-Abkommens, das Russland zwar ausdrücklich unterzeichnete, aber niemals ratifiziert hat, war auch nur die Verhinderung einer ständigen Unterdrückung eines Uferstaates des Schwarzen Meeres durch eine andere Macht. In dem Abkommen kommt hier zum Ausdruck, dass keine Macht nach dem Schwarzen

Meer eine stärkere Streitmacht entsenden darf als die stärkste Flotte eines der Uferstaaten des Schwarzen Meeres. Die Uferstaaten haben lediglich die Verpflichtung, maximal im Jahre die Meerengen-Kommission in Konstantinopel über die Stärke ihrer Flottenbestände zu unterrichten. Im übrigen wird von russischer Seite mitgeteilt, dass die Entsendung der beiden Kriegsschiffe im Einklang mit der türkischen Regierung unternommen worden sei. Nach deutscher Ansicht liegt keine Veranlassung vor, doch irgendwelche Schritte der Teilnehmer an dem Meerengen-Abkommen gegen diese russischen Flottenvorposten unternommen werden müssten.

Insbesondere die Fahrt der russischen Kriegsschiffe in politischer Hinsicht bedeutsam, denn die Tatsache, dass die Türkei, die hands in den Präsidenten der Dardanellen-Kommission steht, nicht nur die Durchfahrt gestattet, sondern sogar einen Vergünstigungsvorschlag gemacht hat, beweist genügend die Wohlwolligkeit. Sie liegen in der Nähe der letzten Angora-Konventionen Karaköy. — Besonders auffällig war auch die ungewohnte Zurückhaltung der italienischen Presse. Von gewissen italienischen Verlautbarungen wurde bekanntlich schon mehrfach die Bildung einer dritten europäischen Gruppe (Italien — Türkei — Russland) empfohlen als Gegenpart gegenüber Frankreich und England.

„und ist in der Tat“ zurück: „Es ist schon ein eigenartig langwieriger Prozess, im gegenwärtigen Augenblick bei der schwierigsten Finanzlage des Reiches und im Widerspruch mit den bevorstehenden durch die Reparationsverträge bedingten Anleihen den Gemeinden jede irgend erlangbare Maßnahme von Auslandsgeldern frei zu lassen, so gilt das erst recht von der Unbedenklichkeit, mit der die Reichsbahn und die Reichspost zum Zweck auf den Vertrag der Mobilisierungsanleihe aufgefördert werden.“

Inzwischen schwilt der Reichsbericht der Arbeitslosenunterstützung immer härter an. Wie der demokratische Pressebericht zu berichten weiß, trägt man sich jetzt mit dem

Gedanken, die enge Verbindung zwischen Reichshaushalt und Sozialversicherung zu befestigen. Es wird u. a. vorgeschlagen, die einzelnen Versicherungsträger der Sozialversicherung auch finanziell miteinander in eine gewisse Verbindung zu bringen. Die Sozialversicherung habe im Jahre 1928 ihr Vermögen von 2,6 Milliarden auf 2,4 Milliarden erhöhen können, während die Reichshaushalt im vergangenen Jahr 600 Millionen an Aufschlägen erforderte. Es wird deshalb angeregt, dass die übrigen Versicherungsträger den Bedarf der Reichshaushalt durch Darlehen decken. Die Reichsanstalt könnte dann in nächsteren Jahren die Schuldenentlastung vornehmen.

Bürgerlicher Zusammenschluss in Württemberg

In Württemberg ist die Regierung durch einen bemerkenswerten Zusammenschluss aller bürgerlichen Parteien befreit worden. Sie hatte bisher im Parlament von insgesamt 80 Stimmen nur 35 auf ihrer Seite. Nunmehr verfügt sie über 47 Stimmen und damit über eine höhere Mehrheit. Neu sind die Deutsche Volkspartei und die Demokraten in das württembergische Kabinett eingetreten, das bisher nur aus Vertretern des Zentrums und der deutschnationalen Zusammengesetzten war. Die Deutsche Volkspartei hatte sich bisher der Regierung fern gehalten, weil sie sich dem Zentrum und den deutschnationalen gegenüber nicht hätte zur Wehr bringen können. Am Sonntag beschlossen dann die württembergischen Demokraten auf einem Vertretertag in Stuttgart, mit der Deutschen Volkspartei in eine Arbeitsgemeinschaft einzutreten. Dies bildet die Voraussetzung für den weiteren Schritt, sich an der Regierung zu beteiligen. Ein Demokrat wurde als Wirtschaftsminister und ein Angehöriger der Deutschen Volkspartei als Staatsrat in die Regierung berufen.

Der bürgerliche Zusammenschluss in Württemberg ist umso mehr anzuerkennen, als es den Demokraten doch einige Überwindung gekostet hat, sich mit den deutschnationalen auf eine Regierungsbank zu legen. Der Beschluss des demokratischen Vertreter-Tages in Stuttgart ist mit 100 gegen 97 Stimmen gefasst worden. Er hing also an einer ganz geringen Mehrheit. Hier mahnen sich die Feinde der unaufrichtigen Angriffe bemerkbar, die seit langer Zeit von der demokratischen und sozialdemokratischen

Presse gegen den deutschnationalen württembergischen Ministerpräsidenten gerichtet werden. Bislang war schon ein belächeltes Anarchoverbot für die Linke, als er noch als Abgeordneter im Reichstag saß. Seitdem hat man ihn weiter verfolgt und unermüdlich zu machen versucht. Das es dann den Demokraten schwer fällt, mit einem solchen Mann in der Regierung gemeinsame Sache zu machen, ist leicht begreiflich. Die Notwendigkeit hat aber dann doch keine geringere Wahl lassen, als die gemeinsame Regierung trotz aller Unvollkommenheit im eigenen Lager mit allen ihren Kräften zu unterstützen.

Für die bürgerlichen Parteien im Reich und in den anderen deutschen Ländern können die Vorgänge in Württemberg eine gute Lehre sein. Sie zeigen, wie falsch und schädlich es sein muss, wenn die bürgerlichen Parteien sich untereinander durch Hass und Streit verfeinden. Sie zeigen aber auch, dass die Notwendigkeit schließlich auch solcher Hindernisse Herr wird und die bürgerliche Rechte und Linke zur Zusammenarbeit zwingt, auch wenn die Parteien sich vorher auf das Schlimmste bekämpft haben. Will man die richtige Lehre daraus ziehen, so wird man reichlich lernen müssen, dass es besser und richtiger ist, von vornherein auf die gemeinsame Grundlage aller verantwortungsbewussten bürgerlichen Arbeit Rücksicht zu nehmen. Denn einmal wird sich diese Gemeinsamkeit je doch geltend machen und man wird dann bedauern, dass man sich durch unnötige Schärfe in der Bekämpfung des Zusammenschlusses selbst erschwert hat.

Sehn Jahre Reichsverkehrsministerium

Telegraphische Meldung

Berlin, 21. Jan.

Im Reichsverkehrsministerium fand heute aus Anlass seines 10jährigen Bestehens eine kurze Feier statt. Minister Dr. Siegel sprach über die Aufgaben der Eisen- und Seebahn und begründete dann die amtierenden früheren Reichsverkehrsminister. In Generaldirektor Dörpmüller gewandt betonte Siegel die Gemeinsamkeit der Arbeit des Reichsverkehrsministeriums und der Reichsbahn, dankte dann den Beamten für die geleisteten Dienste und schloß mit der besten Versicherung, das Ministerium werde auch in Zukunft die schweren Aufgaben weiterhin, die zu bewältigen seien.

Dr. Dörpmüller überbrachte die Glückwünsche der Reichsbahn und betonte, die Reichsbahn sei trotz der Härde der Reparationen seit ihrer Gründung demütig, allen Wünschen der Allgemeinheit nachzukommen. Dem Reichsverkehrsministerium habe die Reichsbahn zu danken, daß in Zeiten der Notwendigkeit die Ansprüche der Reichsbahn anerkannt und unterstützt worden seien.

Schließlich hielt Staatssekretär Dr. Gutschow einen Vortrag über die Entwicklung des Reichsverkehrsministeriums im Reich und über die Ziele der Reichsverkehrspolitik.

Rechts- und Einkommensabgabe

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 22. Jan.

Gestern abend hatten die Nationalsozialisten in den Reichshäusern am Reichstag ein Treffen, die von etwa 1200 Personen besucht war. Die Kommunisten hatten Sprengkommandos entsandt, die schon während der Rede lauernd Schüsse verurteilten. Als dann ein Kommunist sich zur Diskussion meldete und seine Anhänger die Internationale anstimmten, kam es zu einem wilden Tumult. Es entspann sich eine allgemeine Prügelei, in deren Verlauf zahlreiche Personen verletzt wurden und die Einrichtung des Saales in Trümmer ging. Ein Polizeiaufgebot von mehreren Hundertschaften erschien schließlich auf dem Platz und sperrte die Umgegend ab. Alle 1200 Versammlungsteilnehmer wurden festgenommen und auf Befehl durchsucht. Die Umkleen dauerten noch bis Mitternacht an.

Die deutschnationale Krise

Drahtbericht unseres Berliner Büros

Berlin, 22. Jan.

Wie das „Berliner Tageblatt“ zu berichten weiß, hat Geheimrat Gugenberg durch Mittelverleihen an die Abgeordneten Schlangensiefen, Schönlinden und von Reubell eine Einladung zu einer nachmaligen Rückfrage ergehen lassen. Schlangensiefen hat diese Einladung abgelehnt, während Herr von Reubell mit Rücksicht auf den deutschnationalen Bundesverband seines Wahlkreises zugestimmt hat. Die Rückfrage soll noch vor der großen öffentlichen Kundgebung der deutschnationalen Vereinigung am 28. Januar erfolgen.

32 Morde in einem Jahr

Telegraphische Meldung

Berlin, 22. Jan.

Nach dem neuen Wegweiser durch die Volksgeschichte des preussischen Innenministeriums für 1929 herausgegeben hat, wurden 1929 in Berlin 32 Morde verübt, von denen bisher zwei noch nicht aufgeklärt sind. Weiter kamen 14 Morde verübt mit ebenfalls zwei ungeklärten Fällen zur Anzeige. Von 18 Toten sind nur einer bisher aufgeklärt, während acht Totenüberreste zur Ermittlung der Täter geführt haben. Tötungen sind von 27 Fällen von Raub und räuberischer Erpressung noch 194 ungeklärt und von 138 Verlesungen in diesen Verbrechen 63.

Berlin zur Haager Schlussbilanz

Drahtbericht unseres Berliner Büros

□ Berlin, 22. Jan.

In der deutschen Delegation sieht man, wie mit sehr vielen Gelegenheiten hatten, den kommenden parlamentarischen Verhandlungen zuversichtlich entgegen. Weder Dr. Curtius noch seine Mitarbeiter machen einen abgeklärten Eindruck. Sie sind überzeugt, in Haag so ziemlich alles erreicht zu haben, was nach Maßgabe der Verhältnisse überbewiesen durchzuführen war. Die Situation, der man sich auf der zweiten Haager Konferenz gegenüber sah, war ja eine wesentlich andere als auf der ersten. Damals war die Konstellation noch unklar.

Diesmal möchte man, daß man sich einer geistlichen Front gegenüber befindet.

Darum erachtete sich, daß die deutsche Delegation sich auf die Abwehr beschränken mußte mit dem Ziel, weitere Verpflichtungen des Vonnachplans nach Möglichkeit zu verhindern. In einem Punkt, nämlich der Frage des Zahlungsstermins, hat, wie sie einräumt, die Delegation nachgeben müssen, weil hier die Politik von vornherein schmach war. In der Hauptsache ist bei der jetzt getroffenen Regelung, daß das Reich keine Gelder bei der Reichsbank unverzinstlich entlehnt. Deswegen spielt diese Frage doch mehr oder weniger eine theoretische Rolle. Anders bei der Reichsbank, die bekanntlich eine eigene Bankorganisation hat und bei der es infolgedessen ebenfalls im Gewicht fällt, ob sie ihre Zahlungen prinzipiell oder buchhalterisch zu leisten hat. Bei dem Kompromiß, durch den Reich die Reichsbank an der Reichsbank über die Reichsbank, oder der Willen als Zahlungstermin eingeräumt wird, plant man den effektiven Einbruch einigermaßen verträglich gehalten zu haben. In der Mobilisierung-Frage ist es den Deutschen zugute gekommen, daß sie sich die englische Unterstützung sichern und damit die Einwirkung der ehemaligen Militärs wenigstens an dieser Stelle durchsetzen konnten. Auf die Art ist erreicht worden, daß das Abkommen den Charakter eines gentlemen agreements trägt, das zwar auf eine gewisse Zeit den französischen Mobilisierungswünschen freie Bahn läßt, auf der anderen Seite aber der Reichsbank und der Reichspost die Befreiung der langst erlittenen Anleihen wahrscheinlich macht.

Am unkritischsten wird bei der bevorstehenden Debatte die Sanctionsabmachung sein.

Von der inneren Haltung der deutschen Delegation herrschend ausgeht ist mit der nach langem Hin- und Hergehen gefundenen Formel ein vollständig neues Recht geschaffen worden. Danach erlangen bekanntlich die Franzosen nur in dem „cas extrême“ ihre Handlungsfreiheit wieder, wenn eine deutsche Regierung (gehört hat man natürlich an Duguesne und Ollivier) den Vorschlag macht, diese Lasten von dem Haager Bericht abzuschieben. In diesem Zusammenhang ist die französische Delegation, das Innenministerium der Vorkonferenz, das die Möglichkeit gesehen, was man den Franzosen hätte zubilligen müssen, und man jetzt ganz entgegenstehenden Wert darauf, daß die allgemeine Sanctionsabmachung nicht zur Wirkung erhoben werden soll. Gerade die Tatsache, daß die einzelnen Punkte an der Sanctionsabmachung, welche, so wird behauptet, die einmündige juristische Anerkennung der Aufhebung des Sanctionsrechts, das bisher nur durch die Gemeinschaft aller beteiligten Mächte auf dem Wege über die Reparationskommission ausgedrückt werden konnte.

Die Argumentation mag etwas für sich haben. Wir haben aber schon einmal gesagt: Mit dieser komplizierten juristischen Behauptungsstruktur wird man eine wirkliche Gefahr im Entstehen schwerlich abwenden können. Die Freiheit der Abstimmung über die Sanctionsabmachung bleibt dem Reichstag gesichert. Die Regierung ist aber, soweit wir unterrichtet sind, sehr entschlossen, auch wenn sie ein handelsrechtliches Janus mit dem Vonnachplan vermeiden möchte, mit aller Entschiedenheit auf der Annahme auch des Sonderabkommens mit Polen zu bestehen, das so ziemlich den härtesten Teilen des Abkommens ähnelt. Man hofft offenbar, bei der Fortsetzung der Haager Verhandlungen in Paris nach in der Frage des Wiederherstellungsrechtes einige Verbesserungen erzielen zu können, mit denen man den Vertrag dem Parlament schmackhafter gestalten will.

In der Sanctionsfrage macht man sich auf mehrheitlich und unangetastete Verhandlungen mit den Franzosen gefaßt.

Was das Reichsbankgesetz anlangt, so steht das Kabinett in seiner Bereitschaft auf dem Standpunkt, daß auf der einen Seite die Unabhängigkeit der Reichsbank unbedingt gewahrt bleiben, auf der anderen aber der persönlichen Vollmacht des Reichsbankpräsidenten ein Siegel vorgeschoben werden müsse. Die Regierung will die Gesetzesvorlagen, die mit dem Vonnachplan zusammenhängen, noch in dieser Woche verabschieden und an den Reichsrat weiterleiten.

Schacht und Morgan

Drahtbericht unseres Berliner Büros

□ Berlin, 22. Jan.

Das Schreiben des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht an den Vorsitzenden des Organisationsausschusses für die internationale Bank, Reynolds, ist auch nach dem Inhalt der Haager Konferenz nicht wesentlich geändert worden. Die Unterlassung ist, wie das „Berliner Tageblatt“ behauptet, darauf zurückzuführen, daß der Adressat des Briefes Morgan nebst Schacht und Morgan für weitere Geheimhaltung war. Der Brief Schacht's soll angeblich auch die wörtliche Wiedergabe der Gesprächsbeobachtung eines Schreibens von Morgan enthalten. In dem der amerikanischen Bankmannschaft erklärt, daß er nicht als Vertreter der Vereinigten Staaten in die Bank für internationale Zahlungsmittel einzuwirken würde, wenn auf der zweiten Haager Konferenz eine Resolution verabschiedet über den Vonnachplan hinaus erfolgen würde.

Deute Sitzung des Reichskabinetts

Drahtbericht unseres Berliner Büros

□ Berlin, 22. Jan.

Das Reichskabinett wird sich heute, mit den Ergebnissen der Haager Konferenz beschäftigt, in der Hauptsache mit der Beratung des ganzen Tages in Anspruch nehmen und womöglich noch morgen fortgesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist die Reichsbank in ihren Grundgedanken schärfert werden sollen. Eine besondere Aufmerksamkeit der Reichspräsidenten der Länder ist, wie wir bereits mitteilen, nicht in Aussicht genommen. Es, wie der „Reichsanzeiger“ behauptet, eine Aussprache zwischen Dr. Curtius und dem bayerischen Ministerpräsidenten Deiß stattfinden wird, der sich sehr scharf gegen die Sanctionsvereinbarungen ausgesprochen hat, steht noch dahin. Die Verhandlungen werden, sobald das Kabinett seine Beratungen abschließen hat, an den Reichsrat gehen. Ein Termin für die Behandlung der Haager Verhandlungen im Reichsrat ist noch nicht festgesetzt worden. Der Reichstag, der morgen zum ersten Mal wieder zusammentritt, wird sich nur mit der schwebenden Sanctionsabmachung befassen.

Daumer über den Vonnachplan

Telegraphische Meldung

Paris, 21. Januar.

In der heutigen Senatsitzung hat Präsident Daumer auch auf den Vonnachplan zu sprechen. Er bezeichnet den Vonnachplan als einen großen Fortschritt, der aber eine unbestimmte Zeitdauer enthält und der auch nicht ausgereicht habe, um zu einer endgültigen Regelung zu kommen. Ob der Vonnachplan diese Regelung bringe, müsse man abwarten. Wenn sich herausstellen sollte, daß die neue Plan sei zwar für die Gläubiger weniger günstig als der vorangehende, er sei aber doch dauerhafter und sicherer zu sein. Die teilweise Mobilisierung des Guthabens werde dem Plan sehr nützlich und positive Wirkungsmöglichkeiten vermelden.

Geheimnisvolle Dollarfälschungen

Telegraphische Meldung

Berlin, 22. Jan.

Die Berliner Kriminalpolizei, die im Verein mit ausländischen Polizeibehörden die Ermittlungen nach den fälschlichen amerikanischen Dollarnoten aufgenommen hat, konnte jetzt einen der Hauptverbreiter, den der kommunistischen Partei angehörigen Franz Fischer feststellen. Die Rückführung der Dollarnoten, hauptsächlich der 100-Dollar-Note, war in außerordentlichem Maße gelungen, doch fehlen der großen europäischen Zentralbanken die Notizen als vollständig erkannt. Erst vor kurzem wurde der Schwabener von der Federal Reserve Bank in New York aufgefordert und festgehalten, daß zahllose Scheine, die wahrscheinlich schon jahrelang als solche umliefen, an einer Stelle einen kaum wahrnehmbaren Fehldruck aufweisen.

Weder die Banknoten Nummern, die Fischer noch nicht betraut. In ihrer Herstellung ist in diesem Falle schon Rücksicht genommen worden, über dessen Herkunft man auch noch nicht genaueres weiß. Nach Ansicht der deutschen Polizeibehörden kann die Fälschereiwerkstatt nicht in Deutschland liegen, sondern in einem Lande, wo die Kontrollmaßnahmen lockerer sind als bei uns.

Fischer, der sich auch Bogal nennt, ging vor kurzem als Angehöriger der kommunistischen Partei nach Russland und trat mit seiner Rückkehr im Oktober v. J. mit dem Banknotenfälscher in Verbindung. Um den Erfolg der falschen Banknoten zu ermöglichen, wurde bei im Jahre 1923 begründete Berliner Bankhaus Söhne u. Martini von dem Fälscherkonkurrenten übernommen. Diese Bank gab im November v. J. 24000 A in Fälscherdollarscheinen an die Deutsche Bank, von wo aus das Geld über die Darmstädter und Nationalbank, über die National City Bank an die Federal Reserve Bank gelangte. Die jetzigen Inhaber der Bankhaus Söhne u. Martini sind die Mitglieder einer amerikanischen-englischen Gruppe, und zwar Shapiro, Kersch Singer und Joseph Torn.

Die Geldgeschäfte der Sowjetagenten

Drahtbericht unseres Pariser Vertreters

□ Paris, 22. Jan.

Eine Affäre des jungen Vitminow wird den Pariser Zeitungen eine heftige Aufregung zu kosten geben. Die Zeitungen sind in dem Sinne, daß bei Verbrechen der Agenten sich kein Geld und wenn einer von ihnen verurteilt im Jahr frage. Der Vorsitzende Bernaud hat es geraten, den Schwerebenen jenseit eine kleine Verlesung über die Geldgeschäfte zu halten. Im vorliegenden Falle war Vitminow Kuffner, Kuffner und erster Wohlhabend in einer Person, was in der Praxis wohl nicht häufig vorkommt. Im Laufe des Jahres Vitminow ging davon, daß er eine Stellung auch bei der Handelsagentur in Mailand erbehalte, doch gingen dazu die Gelder sehr schlecht. Sie trugen nur 5000 Dollar ein, während das Personal allein 80000 Dollar kostete.

Nach seiner dreimonatigen Zerstreuung bei der Berliner Handelsagentur gründete Vitminow ein Geschäft für Industralien, das jedoch sofort schiefging, worauf sich Vitminow als „Kellner für Sowjetgeschäfte“ ausgab. Der Kuffner beschränkt von einem, daß er die in Frage stehenden Gelder auf Befehl seines Vorgängers zurückerhalten habe. „Ich möchte keine Scheine jemals unterzeichnen“, erklärte er, „wenn Zaroff Geld für die Propaganda nötig hätte. Man drückte sie in Umlauf und man gerade konnte, wenn man nur wenigstens eine kleine Summe dafür bekam. Der Dementi, daß ich das Recht hätte, Scheine auszugeben, liegt ihnen darin, daß ich noch am Leben bin. Im anderen Falle

Quer durch den badischen Haushalt

Uebersicht Mehrausgaben

Staatspräsident Dr. Schmitt hatte in seiner Regierungserklärung und Vortragsrede darauf hingewiesen, daß die noch ausstehende Haushaltsreform es notwendig gemacht habe, wesentliche Teile des Staatshaushalts, sowie namentlich des Finanzgesetzes, noch zurückzuführen. Dieser liegen die Vorschläge für den Haushalt, Staatsministerium, Rechnungshof und Justizministerium vor, die bereits auf die Tagesordnung der Plenarsitzung vom kommenden Donnerstag nachmittag gesetzt sind. Im einzelnen weisen diese Vorschläge nicht unwesentliche Erhöhungen auf.

Der Vorschlag des Landtags

Nicht Mehrausgaben von 701.000 A vor, denen Jahreseinnahmen von 5200 A gegenüberstehen, so daß sich die tatsächliche Ausgabe auf 695.800 A beläuft. Die Mehrausgaben gegenüber dem letzten Vorschlag betragen 129.000 A. Sie entfallen auf eine jährliche Mehrausgabe für die planmäßigen Beamten, denen nur geringe Mehrausgaben für außerplanmäßige Beamten gegenüberstehen. Die Kosten der Wahlen und Volksabstimmungen sind mit jährlich 50.000 A angesetzt, was eine jährliche Mehrausgabe von 35.000 A bedeutet. Die Kosten für die Wahlen 1925 betragen sich auf 41.227 A. Die den Gemeinden zu erzielenden Kosten der Landtagswahl vom 27. Oktober 1929 werden im Vorschlag mit 65.518 70/100 A geschätzt. Die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten nahm im Laufe der letzten Jahre zugenommen. Während für 1928 noch 208.207 A, für 1929 244.331 A und für 1930 289.149 A betragen, beläuft sie sich nunmehr auf 371.000 A. Die 16. Abg. mehr im Oktober gewählt wurden. Auf der anderen Seite bringt die Erhöhung der Ausgabemittel der Abg. von 21 auf 17 eine jährliche Ersparnis von 6120 A.

Beim Vorschlag des Staatsministeriums sind die Gesamtausgaben mit jährlich 30.270 A angesetzt, was einer Mehrausgabe von 8.120 A gleichkommt. Auf das Staatsministerium selbst entfallen 100.220 A, auf die Vertretung Badens bei der Reichsregierung und die Bevollmächtigten zum Reichsrat 105.000 A. Aus dem Staatsvorschlag geht hervor, daß die Vertretung Badens in Berlin recht reichlich ausgestattet ist und die höhere Zahl der Beamten sich um ganze hundert Prozent, d. h. um viermal mehr als erhöht hat. Der Gehalt des Vorsitzenden erhält neben seinem Gehalt von 20.750 A ein jährliches Aufwandslohn von 15.000 A. Der stellvertretende Bevollmächtigte zum Reichsrat, ein Ministerialdirektor, erhält mit seinem 20.000 A Jahresgehalt auch nicht wesentlich geringere, was sich aber mit einer Aufwandsentschädigung von jährlich 8000 A begnügen. Auf den Vetter der wirtschaftlichen Vertretung der badischen Regierung in Berlin, einen Ministerialrat, entfallen 20.000 A an Jahresgehalt und 4000 A jährliche Aufwandsentschädigung. Das Aufwandslohn geht von einem Oberregierungsrat (10.750 A Jahresgehalt, einem Oberregierungsrat (10.000 A Jahresgehalt) in Höhe von 2000 A jährlich über 1000 A für den Sekretär, 600 A für den Verwaltungsdirektor, auf 400 A für den Hausmeister herab. In persönlichen Ausgaben erfordert die Gesamtheit außerdem innerhalb von 20.000 A. Die jährlichen Einnahmen des Staatsministeriums belaufen sich auf ganze 300 A, wovon 300 A für zurückgegebene Orden usw. in Rechnung gestellt sind.

Rechnungshof

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Das Justizministerium

Berechnet für seine verschiedenen Abteilungen die jährlichen Ausgaben im ordentlichen Haushalt mit 2.695.500 A. Die jährlichen Einnahmen mit 15.000.870 A, so daß sich Mehrausgaben von 7.028.630 A und gegenüber dem letzten Haushalt eine Mehrausgabe von 600.500 A ergeben. Im außerordentlichen Haushalt sind die Gesamtausgaben mit 85.000 A angegeben, und zwar im Titel „Strafverhütung“ für

verteilt. Seine jährliche Ausgabe beträgt im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Der Rechnungshof hat für die badische Staatsverwaltung im ordentlichen Haushalt 500.540 A, von denen nur 450 A jährliche Einnahmen abgeben. Nach dem Rechnungshof ist eine jährliche Mehrausgabe von 88.800 A eingetretten, die auf die Beamtenentlohnung zurückzuführen ist.

Realistische Verbesserung im Bezirksgefängnis Mannheim

Im Haushaltsplan 1929/30 wurden für die badischen Verbesserungen bereits 150.000 A angesetzt. Mit einem Teil dieser Mittel muß der alte sogenannte „Weidengarten“, der aus feuerpolizeilichen und hygienischen Gründen nicht mehr verwendbar ist, abgetragen werden. Die wesentlichen Posten sollen durch eine entsprechende Erweiterung des Gebäudes wieder gewonnen werden. Die Bekleidung der 30 planmäßigen Beamten des Ministeriums erfordert 407.110 A, bei einer jährlichen Mehrausgabe von 78.400 A.

Eine jährliche Mehrausgabe von 115.100 A, die der Titel „Gerichte und Staatsanwaltschaften“ vor, für die die Ausgaben mit 10.171.200 A eingestellt sind. Der Titel „Notariate und Grundbücher“ mehr mit seiner jährlichen Ausgabe von 2.014.400 A ebenfalls eine Mehrausgabe, und zwar um 72.000 A auf. Die allgemeinen Ausgaben für die Rechtspflege belaufen sich jährlich auf 2.014.400 A, und zeigen gegenüber dem letzten Vorschlag eine Erhöhung um 375.000 A. Für die Justizverwaltung sind 1.354.800 A vorgesehen, denen nur 844.740 A an jährlichen Einnahmen gegenüberstehen. Die „Strafverhütung“ sind im ordentlichen Haushalt mit jährlichen Ausgaben von 4.005.780 A, und die jährlichen Einnahmen mit 2.990.700 A vorgesehen, was einer Mehrausgabe von 2.990.080 A entspricht. Die Erhöhung gegenüber dem letzten Budget beziffert sich auf 200.880 A. Infolge des Beamtenmangels werden 70.100 A eingestellt.

Der Haushaltsausschuß

Gegenüber am Dienstag die Denkschrift der badischen Regierung über die Möglichkeit des badischen Staats als Ersatz für die Verwirklichung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Baden. Der Berichterstatter, Dr. Hoff, gab einen Überblick über die Maßnahmen der zur Verwirklichung der landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen getroffen worden sind. Der größte Teil der bei den Bauernvereinsorganisationen einwirkenden Verhältnisse übernimmt die Preussische und das Reich. Bezieht aber die Maßnahmen, die mehrere Verträge bis zu 600.000 A betreffen können, für diese Verträge der Staat die Aufwandsentschädigung übernehmen. Der Berichterstatter sagte sich für die Übernahme der Staatslast ein und wünschte, daß bei der Bewilligung der in die Staatsverwaltung eingetragenen Debitoren größere Härten vermieden werden. Innenminister Willeman gab ein Schreiben des Reichsfinanzministeriums bekannt, in dem die Übernahme der Staatslast durch das Land gewünscht wird. Er teilte ferner die Schwierigkeiten mit, die dafür getroffen worden sind, daß der vom Staat zu tragende Anteil möglichst gering wird. Von der Deutschen Volkspartei wurde folgendes angedeutet:

Bei der Erörterung der bei der Freiburger Organisation eingetragenen Verträge ist eine gründliche Nachprüfung durch den Landtag notwendig.

Tags müssen dem Landtag die Unterlagen, wie Bilanz, Rechnungsbücher, Abrechnungen, Verträge mit dem Staat und Darlehenskontrakte vorgelegt werden. Nur auf Grund dieser Unterlagen kann die Prüfung vorgenommen werden. Die Vorabklärung ist für die Übernahme der großen Verantwortung, die die Zustimmung der Volksvertretung ist. Ein Teil der badischen Landwirtschaft lehnt diese Vorschläge ab, da sie der Meinung ist, daß die Freiburger Organisation ihre Verträge selbst tragen soll, unzulässig, als diese zum Teil durch den Verfall der Freiburger Organisation entstanden sind, die Reichsminister Organisation niederzukämpfen.

Innenminister Willeman teilte mit, daß die leitenden Herren von Freiburg und Karlsruhe zur Annahme zur Verfügung stehen würden. Ein sozialdemokratischer Redner meinte, daß wenn die großen Verträge der Freiburger Organisation bei Arbeitsgenossenschaften eingetragenen wären, in der bürgerlichen Presse seit Jahr und Tag das Geschrei über die sozialdemokratische Wirtschaft nicht aufhören würde. Auch Arbeitsgenossenschaften seien in Anspruch genommen; wenn man von Staatswegen für die großen Genossenschaften Geld habe, kann man nicht genügt werden, ob nicht auch die Arbeitsgenossenschaften unterstützt werden sollten.

Nach längerer Aussprache über die geänderte Verhandlungsbildung dieser Denkschrift bezieht sich der Ausschuss, sich mit Vertretern der Genossenschaften zu einer vertraulichen Aussprache zusammenzusetzen. Diese vertrauliche Beratung sollte den Rest der Sitzung aus.

Letzte Meldungen

Baternord

— Freilich (Wz. Köln), 22. Jan. Wegen Erblassenschaftsangelegenheiten kam es in der Familie des badischen Kommandanten zu heftigen Szenen und Tätlichkeiten. Dabei ergriff der 12-jährige Sohn ein Messer und schlug seinen geisteskranken Vater von hinten nieder. Der Täter ist entlassen.

Schurman ist abgereist

— Berlin, 21. Jan. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, hat heute mittags Berlin verlassen. Zum Abschied hatte sich sein soz. bad. Kollege Diplomat Dr. Simon sowie Vertreter des badischen Landes eingeschrieben. Unter anderem bemerkte man Staatssekretär Dr. Meißner, Dr. Pöndel und von Schubert.

Auf See niedergegangen

— Kopenhagen, 21. Jan. Das Dampfer-Supermax-Geschiff „Graf Jovellin“ D 1747 wurde nach knapp zwei Stunden wegen starken Nebels auf der Ostsee niedergehen. Das Boot trieb nach Wärd. Die dortigen Einwohner sollten die acht Insassen an Land.

Bombenflugzeug verunglückt

— London, 21. Jan. Bei Sudbury stürzte ein Bombenflugzeug im Nebel ab. Die beiden Insassen wurden getötet.

Rheinische Hypothekbank

Schuldensicherungsgesetz für Pfandbriefe 1. u. 6. Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Die Rheinische Hypothekbank gibt jetzt bekannt, daß die Rückzahlung des Darlehens...

Mobilisierung der Young-Annullitäten

Der Standpunkt der Reparationsgläubiger ist der Gegenstand der Diskussion...

Die Mobilisierung der Young-Annullitäten...

Der Jinsen und Tilgungsplan

Der Jinsen und Tilgungsplan...

Deutscher Goldmarkt 1929

Januar bis 12. u. 6. - 701 Tausend in Betrieb.

Table with 2 columns: Jahr, Goldmarkt. Rows for 1927, 1928, 1929.

Die Goldmarkt...

Siehe französischer Geldpolitik

Die französische Geldpolitik...

Deutschlands Kohlenförderung 1929

Deutschlands Kohlenförderung 1929...

Tabakernie 1928/29 und Tabakanbau 1929/30 in Baden

Größe Selbsternte, steigender Selbstverbrauch, steigender Exportpreis der deutschen Tabakgebiete

Der letzte Bericht...

Der letzte Bericht...

Der letzte Bericht...

Der letzte Bericht...

Die Tabakanbau...

Die Tabakanbau...

Die Tabakanbau...

Die Tabakanbau...

Die Tabakanbau...

Rückgang des deutschen Tabakanbaus um 3,7 %

Der Rückgang des deutschen Tabakanbaus...

Weltproduktion an Blei, Kupfer und Zink im November 1929

Die Weltproduktion an Blei, Kupfer und Zink...

Deisenmarkt

Table with 4 columns: Deisenmarkt, various data points.

Rechenmarkt Duisburg-Ruhrort - 21. Jan.

Der Rechenmarkt Duisburg-Ruhrort...

Offene Stellen

Schweizer-Käse-Exportfirma
Vertreter
Repräsentanten von Schweizerkäsefirmen werden nicht beschäftigt.

Tücht. Bezirksreisende
zum Verkauf der Kreislaufuhr für etwa 100 im Gesamtwert.

elektrischen Apparat
gegen hohe Provision (offert zahlbar) gesucht.

seriöse Mitarbeiter
gegen angemessene Vergütung gesucht.

Wir bieten einem tüchtigen jungen Mann Lebensstellung
Leit. (Lehrer-Schule), wenn dieser unter Verzicht...

Erstklass. Herrenmaßgeschäft
In der Stadt gegen über dem Hauptbahnhof.

Erfahrener Chauffeur
(Städtische 10 u. 20) für Chauffagen zum Umtrieb...

Wir suchen
Verkäuferin für Damenwäsche und Korsetts.

Tüchtige Holzsaum-Nählerin
Vollständiger und tüchtiger Arbeiter, Q 7, 10.

Tücht., selbständig. Drogist
für Drogerie u. Fein- u. 1. Hand in der Stadt.

Lehrling
für Metzgerei u. Fleischer in der Stadt.

Kaufmännischen Lehrling
mit Oberreife in der Stadt.

Tüchtige Friseurin
für Salon in der Stadt.

Servier-Fräulein
für Restaurant in der Stadt.

Servier-Fräulein
für Hotel in der Stadt.

Alleinmädchen
Lehrerin für die deutsche Sprache.

Diensmädchen
für Haushalt in der Stadt.

Stellen-Gesuche
Suche für Lehramt in der Stadt.

kaufmännische Beschäftigung
gegen geringe Vergütung.

Gebildete junge Dame
zum Unterrichten in der Stadt.

Lehrstelle
in einem Lehrerseminar.

Lehrstelle
für die deutsche Sprache.

Junge, saubere Frau
für Haushalt in der Stadt.

Fräulein
für Haushalt in der Stadt.

Anfängerin
für Haushalt in der Stadt.

Tücht. saubere Frau
für Haushalt in der Stadt.

Ehrliche junge Frau
für Haushalt in der Stadt.

Immobilien
Wochenendhaus in Heidelberg.

Verkäufe
5 Röhren-Apparat.

4:16 Opel-Limousine
zu verkaufen.

Volks-Badewanne
zu verkaufen.

Gelegenheit
Schlafzimmer.

Geplantes PIANO
zu verkaufen.

Gelegenheit
Schlafzimmer.

Miet-Gesuche
Für ruhiges Kontor.

Milchgeschäft
zu mieten oder zu kaufen.

Tausch
2 Zimmer-Wohnung.

Wohnungstausch
3 Zimmer und Küche.

3. 4 oder 5 Zimmer-Wohnung
zu mieten.

2 Zimmer u. Küche
zu mieten.

1-2 leere Zimmer
zu mieten.

2 Zimmer u. Küche
zu mieten.

2 ev. 3 Zimmerwohn.
zu mieten.

2 Zimmer und Küche
zu mieten.

2 Zimmer u. Küche
zu mieten.

Vermietungen
2 große Büroräume.

2 Zimmer u. Küche
zu mieten.

Unterricht
Technikum STRELITZ I.M.

Englisch und Französisch
Kegelbahn.

Stellungsuchende beschwerten sich bei uns immer wieder darüber, daß sie die Anlagen ihrer Bewerbungen...

Sonnentage im Mittelmeer
1. Orientfahrt 1930
2. Orientfahrt 1930
Mittelmeerfahrt 1930

